

Stadt Kenzingen
 Fachbereich 2
 Hauptstraße 15
 79341 Kenzingen

Telefon: 07644 900-137
 Telefax: 07644 900-160
 E-Mail: post@kenzingen.de
 Internet: www.kenzingen.de

Schöffen- und Jugendschöffenwahl für die Amtsperiode 2024 bis 2028

Angabe der notwendigen Daten, Erklärung nach § 44 a Deutsches Richtergesetz (DRiG)

Ich beantrage die Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Wahl

- ☐ einer Schöffin/eines Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028.
- ☐ einer Jugendschöffin/eines Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028.

Nachstehende Daten werden auf Grundlage der §§ 28 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) erhoben. Sie werden ausschließlich für die Wahl der Schöffen- und Jugendschöffen gespeichert und verarbeitet. **Veröffentlicht werden ausschließlich die gesetzlich notwendigen Daten.**

Angaben zur Person

Familiennamen, ggf. Geburtsnamen (bei Abweichung)		
Vorname/n		
Geburtsort (Gemeinde/Kreis)	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit deutsch
Beruf (bei Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auch Angabe der Tätigkeit)		
Straße/Hausnummer	Postleitzahl	Ort der Hauptwohnung
Telefon (freiwillige Angabe)		E-Mail (freiwillige Angabe)

Kreuzen Sie bitte die nachfolgenden Fragen an, wenn die Aussage auf Sie zutrifft. Die Beantwortung der Fragen ist freiwillig. Allerdings ersparen Sie dem Gericht nach Ihrer Wahl die – zulässige – Anfrage bei dritten Stellen, zum Beispiel dem Bundeszentralregister.

- ☐ Bisherige Tätigkeit im Zeitraum (von – bis) _____ als _____
- ☐ Schöffin / Schöffe ☐ Hilfsschöffin / Hilfsschöffe ☐ Jugendschöffin / Jugendschöffe
- ☐ Ich verfüge über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, um das Amt einer Schöffin / eines Schöffen wahrnehmen zu können.
- ☐ Ich fühle mich den gesundheitlichen Anforderungen einer mehrstündigen / mehrtägigen Hauptverhandlung in Strafsachen gewachsen (Angabe freiwillig).
- ☐ Ich bin **nicht** zu einer Freiheitsstrafe – auch nicht auf Bewährung - von mehr als 6 Monaten bestraft worden.
- ☐ Gegen mich schwebt **kein** strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen einer Tat, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

- ☐ Ich bin **nicht** insolvent. Ebenso wenig habe ich eine Vermögensauskunft abgegeben.
- ☐ Ich bin nicht hauptamtlich im Vollzugs-/Vollstreckungsdienst bzw. bei Gericht / der Staatsanwaltschaft oder als Bewährungs-/Gerichtshelfer / Bewährungs- / Gerichtshelferin tätig.
- ☐ Ich bin **nicht** als Religionsdienerin / Religionsdiener tätig bzw. als Mitglied einer religiösen Vereinigung satzungsmäßig zum gemeinsamen Leben verpflichtet.
- ☐ Ich war nie hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiterin / hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Ich bewerbe mich für das Amt einer Schöffin / eines Schöffen, da (Angabe freiwillig)

Sollte ich gewählt werden, möchte ich das Amt einer Schöffin / eines Schöffen am nachgenannten Amtsgericht / Landgericht ausüben

Der Schöffenwahlausschuss ist an diesen Wunsch nicht gebunden.

- ☐ Ich bin damit einverstanden, dass auch die freiwilligen Daten an die Gemeindevertretung und den Schöffenwahlausschuss weitergegeben werden. Die Übermittlung darf nur zum Zweck der Schöffenwahl erfolgen.

Ort, Datum

Unterschrift

Erklärung nach § 44a des Deutschen Richtergesetzes

Mir ist bekannt, dass nach § 44a des Deutschen Richtergesetzes nicht zu dem Amt eines ehrenamtlichen Richters berufen werden soll, wer

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat oder
2. wegen einer Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des § 6 Absatz 4 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (Bundesgesetzblatt I Seite 2272) oder als diesen Mitarbeitern nach § 6 Absatz 5 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichgestellte Person für das Amt eines ehrenamtlichen Richters nicht geeignet ist.

Hierzu gebe ich folgende Erklärung ab:

Ich versichere hiermit, dass ich niemals in einem offiziellen Arbeits- oder Dienstverhältnis des Staatssicherheitsdienstes der DDR (Ministerium für Staatssicherheit oder seiner Vorläufer- und Nachfolgeorganisationen, zum Beispiel Amt für Nationale Sicherheit) gestanden habe, niemals Offizierin / Offizier im besonderen Einsatz war (hauptamtliche Mitarbeiterin / hauptamtlicher Mitarbeiter), mich niemals zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereit erklärt habe (inoffizielle Mitarbeiterin / inoffizieller Mitarbeiter), niemals zu den Personen gehört habe, die gegenüber Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes hinsichtlich deren Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren und niemals inoffizielle Mitarbeiterin / inoffizieller Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei war. Ich bin mit der Einholung der erforderlichen Auskünfte beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift